

„Hybris“ von Noam Chomskys – die bedrohliche Konsistenz der US-Außenpolitik

Rezension zu:

Noam Chomsky: Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA.
Hamburg / Wien Nov. 2003, Europa Verlag, ISBN 3-203-76016-9, sFr 33,60
von Christian Oswald

Der Konflikt zwischen dem alten Europa und der US-Administration in Sachen Irakkrieg hat hierzulande die Aufmerksamkeit auf die außerparlamentarische Opposition in den USA erheblich erhöht, - man denke nur an den Erfolg von Michael Moore. Diese Gelegenheit wollten sich offensichtlich auch Noam Chomsky und der Europa Verlag nicht entgehen lassen. Fast zeitgleich erschien Chomskys neuestes Buch „Hegemony or Survival. America's Quest for Global Dominance“ in den USA und in der deutschen Übersetzung unter dem Titel „Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA“. Sein Buch handelt von der imperialen Strategie der US-Außenpolitik und ihrem engen Zusammenhang zur innenpolitisch notwendigen Manipulation der öffentlichen Meinung. Beide Bereiche folgen in letzter Instanz derselben „logischen Unlogik“, die nur ein Ziel kennt: Die Stabilisierung von Herrschaft und autoritären Strukturen um jeden Preis – auch den des Überlebens des Gattung.

Der unerbittliche Kritiker des Mainstream Chomsky weiß selbst am besten, dass seine Überlegungen der günstigen politischen Konstellation bedürfen, wenn sie bei denen ankommen sollen, für die sie geschrieben sind, und er erklärt in dem Buch auch, warum dem so ist. An der politischen Meinungsbildung teilzunehmen, ist zwar ein demokratisches Recht, aber verpönt ist es, meint Chomsky, es als solches außerhalb der dafür vorgesehenen Institutionen, und ohne sich an deren Vorgaben zu halten, wahrzunehmen. Denn in Staaten, deren Bürger sich „ein substantielles Maß an Freiheiten und Rechten erkämpft haben“ (S. 12), sei die Kontrolle der öffentlichen Meinung eines der wichtigsten Mittel des Machterhalts für die Eliten. Die Kontrolle erfolge durch die „Herstellung von Konsens“ (S. 13), die schon führende Mitarbeiter von Wilsons Committee on Public Information als das wesentliche Merkmal des demokratischen Prozesses bezeichneten. Die von den Mainstream-Medien industriell erzeugten politischen Selbstbilder – denn man einigt sich schließlich immer mit sich über sich – konfrontiert Chomsky mit einigen derjenigen „widerspenstigen Tatsachen“, die während des Produktionsprozesses entweder aus dem Konsens ausgeschieden wurden oder als ungeeignetes Rohmaterial von vornherein schlicht unbeachtet blieben. Nicht nur in amtlichen Dokumenten, wissenschaftlichen Untersuchungen, kleinen oppositionellen Zeitungen oder der internationalen Presse findet er sein Material. Eine der Quellen Chomskys sind die großen Zeitungen selbst. Denn der hergestellte Konsens ist ein sehr plummes Produkt, überall werden bei genauerem Hinsehen die Schweißnähte und die schwerfällig gekitteten Bruchstellen sichtbar.

Interessanter als seine Quellen ist seine Vorgehensweise. Sensationelle Neuigkeiten erfahren wir kaum. Es kommt ihm gerade darauf an, nur zu verwenden, was längst allgemein bekannt sein *könnte*, aber zumindest von den Mainstream-Medien gerne ignoriert wird. Charakteristisch für seine Argumentationen ist vielmehr ein Verfahren, das ich das der sachlichen Inversion nennen möchte. Gerade dort, wo er die für den Konsens unerträglichsten Schlüsse zieht und die heftigsten Anklagen gegen die US-Politik erhebt, lässt er gerne die Gegenseite für sich sprechen oder zitiert die Verlautbarungen hochoffizieller Stellen. So verurteilte der internationale Gerichtshof die USA wegen „ungesetzlicher Anwendung von Gewalt“ (S. 125) in Nicaragua. Die von der US-Regierung zu verantwortenden Handlungen werden in dem Urteil in einer Weise beschrieben, die exakt mit juristischen Definitionen für internationalen Terrorismus übereinstimmen. Chomsky „übersetzt“ nur noch, wenn er feststellt, dass die US-Regierung nicht nur den internationalen Terrorismus unterstützt, sondern selbst ausübt. Und einen Kommentator der *Financial Times* lässt er mutmaßen, dass die Bush-Administration mit voller Absicht ein riesiges Haushaltsdefizit schaffe, um damit ein

wohlfeiles Argument für die weitere Demontage des ohnehin nicht üppig ausgestatteten Sozialsystems zu haben.

In den Mainstream-Medien darf alles und jedes in Frage gestellt werden. Schließlich ist man besonders stolz darauf, kritischen Journalismus zu betreiben. Der Wert des Konsenses selbst und seine wichtigsten Prämissen sind jedoch sakrosankt. Hier setzt Chomsky an. Die US-amerikanische Demokratie bezeichnet er politikwissenschaftlich korrekt als „Polyarchie“. Von der US-Außenpolitik zeigt er in aller Ausführlichkeit, dass der Weltfrieden und die ökonomische und politische Entwicklung der sogenannten 3. Welt niemals ihre Ziele waren. Stattdessen unterdrückten US-Regierungen jede selbständige Entwicklung, wo und wann immer es ihnen möglich war, und machten die USA zum schurkischsten Schurkenstaat auf dem gesamten Erdball. Für den freien Markt tritt die US-Politik nur dann ein, wenn es für die US-Wirtschaft von Vorteil ist, ansonsten betreibt sie vermittels des Militärbudgets den schärfsten Protektionismus. Die angeblich freie Presse zensiert sich im Sinne des Konsenses selbst und die Intellektuellen, die die öffentliche Meinung beeinflussen, nehmen die Haltung absichtsvoller Ignoranz gegenüber all diesen Sachverhalten ein. Schließlich ist Chomsky zufolge die Sicherheitspolitik einzig dazu geeignet, die Unsicherheit weltweit und auch in den USA zu erhöhen. Aber war die Verbreitung von Furcht nicht seit jeher ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung von Herrschaft?

Chomskys Ziel ist nicht nur, all jene Prinzipien des Konsenses in ihr Gegenteil zu überführen, obwohl damit schon einiges erreicht ist. Demonstriert er doch auf diese Weise, dass es durchaus möglich ist und keinesfalls der Fakten und der Gründe entbehrt, exakt das Gegenteil von dem zu behaupten, was alle Welt zu glauben sich bemüht. Wenn aber Chomsky den vermeintlichen Konsens auflöst, wird nicht nur der Dissens sichtbar, der ihm zugrunde liegt, sondern auch die Grundlinien der US-Politik von spätestens dem zweiten Weltkrieg bis heute und die „logische Unlogik“ (S. 90), von der sie beherrscht wird. Weit gefährlicher als die militärische, so Chomsky, schätzten seit jeher die US-Eliten die ökonomische Bedrohung ein, die von jedem Versuch, eine alternative Wirtschaftsform aufzubauen, ausgehen müsste. Sie fürchteten den „Virus-Effekt“ von Nationalökonomien, die sich vom westlichen Modell oder von der direkten Kontrolle durch die multinationalen Konzerne lossagten. Hatte schon, wie er den unverdächtigen Historiker John Lewis Gaddis ausführen lässt, die russische Revolution von 1917 das Überleben der kapitalistischen Ordnung selbst in Frage gestellt, so musste jedes folgende ökonomische Experiment in der längst globalen Sichtweise der US-Eliten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten, nämlich in die kapitalistische Wirtschaftsordnung, der USA gesehen werden. Die US-Regierungen fühlten sich durch dasselbe Prinzip internationalen Rechtes zu ihren Übergriffen auf fremde Länder berechtigt, das sie durch ihre Handlungen verletzten. Das nennt Chomsky die „logische Unlogik“ des US-Imperialismus.

Betrachtet man die US-Außenpolitik unter der Prämisse einer ökonomischen Bedrohung fügen sich viele „widerspenstige Tatsachen“, viele anscheinend ungereimte, unsinnige, ungerechte und unverständliche Handlungen und Vorgänge zu einem erstaunlich „konsistenten“ Geschehen. Das Ende des Kalten Krieges und der Angriff vom 11. September nötigten zwar zu Modifikationen und zur Neuausrichtung der imperialen Strategie, die die verschiedensten US-Regierungen seit Jahrzehnten verfolgen, aber sie führten nicht dazu, sie selbst in Frage zu stellen. Ihre vorläufig letzte Formulierung findet sich in der im Herbst 2002 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie. Dort heißt es: „Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, potentielle Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung zu betreiben, die darauf ausgerichtet ist, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertreffen oder mit ihr gleichzuziehen.“ (S. 19)

John Ikenberry, ein Experte für internationale Politik kommentiert diese Passage folgendermaßen: „Die neue imperiale Strategie lässt die USA als einen revisionistischen Staat erscheinen, der seine momentanen Vorteile in eine Weltordnung umzumünzen sucht, deren Strukturen von den USA bestimmt werden.“ (S. 19/20)

Die US-Regierung billigt sich infolgedessen das Recht zu, Präventivkriege zu führen, die nach den

bisher geltenden internationalen Normen als Kriegsverbrechen zu verurteilen sind. Sie behält sich auch vor, in allen anderen Fällen, in denen internationales Recht oder internationale Abkommen nicht mit ihren Interessen vereinbar seien, unilateral zu handeln. Nur kann, wie schon Rousseau wusste, Stärke kein Recht erzeugen und so wird die Missachtung der internationalen Institutionen die Auflösung der sogenannten Weltordnung nach sich ziehen.

Auch ist die imperiale Strategie, wie Chomsky nicht müde wird zu zeigen, alles andere als neu. Die Bush – Administration will lediglich die Erfolge ihrer Vorgänger sichern und die Früchte ihrer Arbeit ernten. Der Imperialismus der USA wurde stets den politischen Gegebenheiten angepasst, und soweit möglich, angemessen weiterentwickelt, aber nie wurde er revidiert und nie wurden Lehren aus den „Fehlern der Vergangenheit“ gezogen. Jene dynamische Konsistenz der US-Außenpolitik, die Chomsky herausarbeitet, ist weit bedrohlicher als die „Verrücktheiten“ des Cowboys Bush und seiner erzkonservativen Berater. Denn der Wahnsinn hat Methode: „Noch bedrückender ist, dass die Entscheidungen der jetzigen US-Strategen im Rahmen der vorherrschenden Ideologie und der sie verkörpernden Institutionen keineswegs irrational sein müssen. Für die Bereitschaft politischer Führer, ungeachtet möglicher Katastrophen auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu setzen, gibt es genügend historische Beispiele. Heute jedoch sind die Risiken höher als je zuvor, denn die Alternative lautet: Hegemonie oder Überleben.“ (S. 11)

Das wichtigste historische Beispiel, das Chomsky anführt, ist die Kuba-Krise 1962. Damals stellten die in jener „logischen Unlogik“ Befangenen unter Beweis, dass sie kaltblütig genug sind, eher die gesamte Erde zu verwüsten, als die autoritären Institutionen, in die sie eingebunden sind, und die Privilegien, die ihnen aus ihrer Unterwerfung unter diese Strukturen erwachsen, in Gefahr zu bringen. So viel Selbstlosigkeit scheint jedem vernünftigen Verhalten überlegen.

Die ersten Folgen der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie ließen sich bereits wahrnehmen. Der Irakfeldzug sollte den Präzedenzfall schaffen für das Recht der USA, sich auch präventiv überall auf der Erde verteidigen zu dürfen. Die UNO zeigte sich unfähig, das Vorgehen seines mächtigsten Mitgliedes zu verurteilen. Das kann man als Akzeptanz interpretieren. Da der Sicherheitsstrategie zufolge jedoch überhaupt internationales Recht durch militärische Stärke ersetzt werden soll, zählen die exorbitante Erhöhung des Militärhaushaltes und die geplante Rüstung im Weltraum zu den entscheidenden Schritten zur endgültigen Sicherung der amerikanischen Vormachtstellung.

Es bedarf keiner blumigen Phantasie, sich auszumalen, wie andere Staaten auf die Rüstungsanstrengungen der USA und ihre erklärte Zielsetzung reagieren werden. Sie müssen sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln davor schützen, gegebenenfalls auch Opfer von Präventivschlägen zu werden. Sie werden darüber hinaus, und darin zeigt sich die Ansteckungsgefahr, die von der „logischen Unlogik“ des US-Imperialismus ausgeht, versuchen müssen, die hegemoniale Stellung der USA zu untergraben. Die Nationale Sicherheitsstrategie befördert die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Das Buch von Noam Chomsky hat sicher viele Schwächen. Der Titel der deutschen Übersetzung spielt unnötigerweise auf die Mythologie an. Der Klappentext ist irreführend, weil er suggeriert, es würde das Raketenabwehrprogramm im Zentrum stehen. Ein Blick in andere Chomsky-Bücher belehrt darüber, wie sehr mit Textbausteinen gearbeitet wurde. Der Leser wird im Unklaren darüber gelassen, ob er es mit einem Buch zu tun hat, in dem in aufeinander folgenden Kapiteln eine zusammenhängende Thematik abgehandelt wird, oder ob verschiedene Essays unter einer Überschrift gesammelt wurden. Die Dignität des Zitierten ist gerade im Ausland nur schwer einzuschätzen. Auch ist die Zitierweise Chomskys an vielen Stellen nicht sehr übersichtlich. Und ein gesondertes Literaturverzeichnis mit einer Liste der Abkürzungen würde die Orientierung erheblich erleichtern.

Die Kritik seiner schriftstellerischen Untugenden sollte jedoch mit der Würdigung seines politischen Ethos verbunden werden. Chomsky versteht sich als Demokrat, der mit den Mitteln eines kritischen Intellektuellen am politischen Prozess partizipiert, ob das den Repräsentanten der

Demokratie gefällt oder nicht. Indem er sich nimmt, was ihm zusteht, praktiziert er eine Form von Demokratie, die die von ihm kritisierte Elite gerade zu unterdrücken sucht. Wenn er in seinen Büchern den Konsens reflektiert, der die öffentliche Meinung beherrscht, dann erhebt er sich zwar über ihn, indem er seine Prämissen zu Bewusstsein bringt, aber seine Texte bleiben Teil der öffentlichen Meinung. Sie stehen nicht über ihr, sondern haben ihren Platz in ihr. Die Schriftstellerei ist hier politische Praxis. Das macht seine Texte so interessant, gerade für ein deutsches Publikum, das mit einer solchen Haltung wenig vertraut sein dürfte. Nur wer sich daran erinnert, dass für die gelungene politische Rede die Berücksichtigung der Umstände und die Wirksamkeit wichtiger sein können als die vollständige Durchführung des Gedankens, wird den Grob- wie den Feinheiten von Chomskys Argumentationen gerecht werden können.